

www.dielinke-teltow-flaeming.de/kreistagsfraktion



Foto: DiG/Thelion

DOKUMENTIERT

Die Menschen wollen kein Weiter-so mehr

Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, rechnete am 23. November 2016 in der Generaldebatte zum Haushalt 2017 schonungslos mit der Politik der Bundeskanzlerin und der Großen Koalition ab. Sie forderte, die Lebensbedürfnisse der Menschen endlich wichtiger zu nehmen als Wunschlisten von Wirtschaftslobbyisten. Wachsende soziale Ungleichheit und Verunsicherung treibe die Wahlergebnisse der AfD hoch. Ein Weiter-so mit dieser Kanzlerin, mit dieser Frau Merkel dürfe es nicht geben. (EINBLICKE gibt die Rede in Auszügen wieder.)

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin!

Es ist schon verblüffend, wie Politik manchmal funktioniert.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- Ich weiß gar nicht, was Sie daran so lustig finden. - In Deutschland wachsen soziale Ungleichheit und Verunsicherung und mit ihnen die Zahl der Wählerstimmen der AfD.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Gleich im ersten Satz! - Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Kaufen Sie sich doch mal eine neue Platte! Die ist kaputt!)

In Europa ist die deutsche Regierung so isoliert wie lange nicht mehr.

Als bevorzugten Partner hat sich die Kanzlerin ausgerechnet einen türkischen Diktator ausgesucht, der Journalisten und Oppositionelle ins Gefängnis werfen lässt und die Todesstrafe großartig findet.

Trotz allem scheint sich die CDU/CSU - das zeigt Ihre wunderbare Stimmung heute - auf ein Weiter-so mit dieser Kanzlerin, mit Frau Merkel, allen Ernstes zu freuen.

Ich kann nur sagen: Die Menschen in diesem Land können sich darauf nicht freuen. Ich sage Ihnen deswegen auch: Dazu wird es nicht kommen.

[...] Als vor zwei Wochen die US-Bürger für Trump statt für Ihre gemeinsame Favoritin Clinton stimmten, waren Sie wieder alle geschockt.

Aber Ihre einzige Schlussfolgerung scheint zu sein, jetzt einen europäischen Hochrüstungswettlauf zu starten. Glauben Sie wirklich, das ist es, worauf die Millionen Abstiegsgefährdeten in Europa und die verlorene Generation in den Krisenländern gewartet haben? Offenbar hat selbst ein Donald Trump wirtschaftspolitisch mehr drauf als Sie.

Denn immerhin hat der Mann begriffen, dass staatliche Industriepolitik besser ist als billige Dienstleistungsjobs und dass gegen Krise und marode Infrastruktur nicht Kürzungspolitik hilft, sondern ein groß angelegtes öffentliches Investitionsprogramm.

Weil schon die Ankündigung dieses Programms zu höheren Zinsen in den USA geführt hat, wird Europa unter Ihrer Führung wohl lieber mit seinem Geld neue Brücken und moderne Netze in den USA finanzieren, statt den Niedergang der europäischen Infrastruktur endlich zu stoppen und Industriearbeitsplätze auch in Frankreich und Italien zu verteidigen und zu retten. Aber merken Sie denn gar nicht, dass es genau diese fatale Politik ist, die Europa spaltet und immer mehr kaputtgehen lässt?

Sollte im nächsten Jahr tatsächlich Marine Le Pen französische Präsidentin werden, dann werden Sie wieder alle geschockt sein, und wahrscheinlich beklagen Sie dann wieder die Verführungsmacht geschickter Populisten und das Zeitalter des Postfaktischen. Aber wenn etwas postfaktisch ist, dann sind das nicht die Emotionen der Menschen, die sich von Ihrer Politik im Stich gelassen fühlen, sondern

die Lügenmärchen, die Sie ihnen erzählen, um zu begründen, dass diese Politik angeblich alternativlos ist.

Ist es denn wirklich so schwer zu verstehen? Die US-Bürger haben doch gar nicht in erster Linie den Milliardär Donald Trump gewählt.

Sie haben das Weiter-so abgewählt, und dafür hatten sie in einem Land, wo die mittleren Löhne heute unter dem Niveau der 80er-Jahre liegen, natürlich allen Grund.

Auch in Deutschland haben immer mehr Menschen gute Gründe, enttäuscht und wütend zu sein: über eine großkoalitionäre Einheitspolitik, die sich für ihre elementaren Lebensinteressen und Zukunftsängste überhaupt nicht mehr interessiert, sondern gleichgültig und emotionslos immer wieder Entscheidungen fällt, die die Reichen noch reicher, die Konzerne noch unverschämter und das Leben der arbeitenden Mitte und der Ärmern noch unsicherer und prekärer machen. Ich finde, eine solche Politik ist unglaublich, und sie ist verantwortungslos.

Gucken Sie sich doch an, wie sich dieses Land in den letzten 20 Jahren verändert hat! Trotz boomender Exportwirtschaft und trotz Wirtschaftswachstum lebt heute in Deutschland jeder sechste Rentner in Armut und muss sich um seine Lebensleistung betrogen fühlen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: 2,5 Prozent der Rentner kriegen Grundsicherung! Informieren Sie sich doch mal! So ein Unsinn, den

Sie hier erzählen! - Volker Kauder [CDU/CSU]: So viel zu Rot-Rot-Grün!)

Immer mehr Kinder beginnen ihr Leben mit der Grunderfahrung, dass sie von der schönen bunten Welt ausgeschlossen sind und dass ihnen das Leben viel weniger bieten wird als anderen. Millionen Arbeitnehmer werden in Leiharbeit, Werkverträgen und Dauerbefristungen zu Beschäftigten zweiter Klasse degradiert. Diejenigen, deren Löhne kein Tarifvertrag mehr regelt - das ist inzwischen jeder zweite -, verdienen heute 18 Prozent weniger als im Jahr 2000. Diesen Menschen erzählen Sie, Deutschland gehe es gut, und sie sollen sich freuen über Ihre erfolgreiche Politik. Das ist doch der blanke Hohn, was Sie da machen.

Sie erzählen ihnen, die Agenda 2010 habe ein Jobwunder ausgelöst. Ja, wir hatten in Deutschland einmal fünf Millionen Arbeitslose. Heute bekommen nur noch 800.000 Menschen Arbeitslosengeld. Aber dafür gibt es 4,3 Millionen erwerbsfähige Hartz-IV-Empfänger, die alle arbeiten möchten, teilweise sogar Arbeit haben, teilweise sogar Vollzeit arbeiten und trotzdem von staatlichen Lohnersatzleistungen abhängig bleiben. Das macht in der Summe noch immer 5,1 Millionen Menschen. Was ist das denn für ein Fortschritt?

»Die CDU einschließlich der Kanzlerin sollte aufhören, die Agenda 2010 als Erfolgsmodell zu preisen, und sollte endlich wieder ein humanes Arbeitsrecht in Deutschland durchsetzen, wenn sie einen deutschen Donald Trump verhindern will.«

Diesen weisen Satz hat Ihnen in der letzten Woche Ihr ehemaliger Generalsekretär Heiner Geißler zugerufen. Wenn diese Mahnung schon bei der CDU/CSU auf taube Ohren stößt: Müssen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, nicht zumindest in Ihren Stühlen versinken, wenn Sie merken, dass ein ehemaliger CDU-Generalsekretär, der sich treu geblieben ist, inzwischen weit links von Ihnen steht? Gleichen Lohn für gleiche Arbeit hat die SPD bei der letzten Wahl versprochen. Und was haben Sie gemacht? Ein Gesetz, das es Daimler, BMW und Co. in Zukunft sogar erleichtert, reguläre Jobs dauerhaft durch Leiharbeit zu ersetzen oder an Werkvertragsunternehmen auszulagern. Das ist doch schäbig. Ihnen glaubt doch niemand irgendetwas, wenn Sie solche Politik machen.

Wie viele selbst von denjenigen in Deutschland, die sich all das noch leisten können, was für andere bereits zum unerschwinglichen Luxus geworden ist - eine gute Ausbildung der Kinder, private Vorsorge für das Alter, Urlaubsreisen, Wohneigentum -, leben in der ständigen Angst, nach der nächsten Betriebsverlagerung auch zu den Verlierern zu gehören oder eiskalt aussortiert zu werden, wenn sie krank werden oder wenn sie nicht mehr ständig Höchstleistungen erbringen können? Der American Dream ist längst auch bei uns ausgeträumt. Wer außerhalb der Oberschicht glaubt denn heute noch, dass es den Kindern einmal besser gehen wird als ihren Eltern? Die meisten erleben das Gegenteil. Das ist nicht Ergebnis einer Naturgewalt namens Globalisierung, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen. Auch Ihre Legende, rabiate Rentenkürzungen seien notwendig, um die junge Generation vor zu hohen Belastungen zu bewahren, passt bestens in das Zeitalter des Postfaktischen.

Rechnen wir doch einmal nach. Der aktuelle Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung liegt bei 18,7 Prozent, hälftig gezahlt von Unternehmen und Beschäftigten. Zusätzlich sollen die Beschäftigten 4 Prozent ihres Einkommens in einen jener sinnlosen Riester-Verträge versenken, von denen inzwischen jeder weiß, dass sie nur Banken und Versicherungen reich machen. Aber wer glaubte, die Maschmeyer-Kumpel Schröder und Riester seien schon der Tiefpunkt gewesen, dem beweist Frau Nahles, dass es noch schlimmer geht.

Ich rede von ihren Plänen für eine sogenannte Betriebsrente, die

genauso wie die Riester-Rente allein von den Beschäftigten gezahlt werden soll und die sich von den unsäglichen Riester-Produkten eigentlich nur in einem einzigen Punkt unterscheidet: Bei Riester mussten die Anbieter zumindest noch den Erhalt der eingezahlten Beiträge garantieren. Die Betriebsrente subventioniert der Staat auch dann, wenn das volle Verlustrisiko auf den künftigen Rentner abgewälzt wird.

Wenn wir zusammenzählen, dann laufen die Rentenpläne der Großen Koalition darauf hinaus, dass Arbeitnehmer in Zukunft bis zu 20 Prozent ihres Einkommens für die Altersvorsorge aufwenden sollen, um damit Rentenansprüche zu erwerben, die sich, anders als die Umlagerente, bei der nächsten großen Finanzkrise in heiße Luft auflösen können. Das dann noch als Entlastung der jungen Generation zu verkaufen - darauf muss man wirklich erst einmal kommen.

Dabei brauchen Sie nur über die bayerischen Alpen hinauszuschauen, um zu sehen, wie es vielleicht besser geht und wie man eine Rentenreform vernünftig machen kann. Nachdem in Österreich Rentenkürzungen à la Riester am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert sind, hat man eben die gesetzliche Rente zukunftsfest gemacht. Das heißt, es gibt heute einen einheitlichen Topf, in den alle einzahlen, auch Selbstständige und Beamte. Der Beitragssatz liegt bei 22,8 Prozent, allerdings zahlen die Unternehmen mehr als die Beschäftigten. Dieses System finanziert für langjährig Versicherte Renten von 1.800 Euro im Monat; die Mindestrente beträgt 1.030 Euro. Und Sie muten Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, Armutsrenten von 1.000 Euro und weniger zu. Das sind 800 Euro weniger als in Österreich. Das ist doch unglaublich. Stoppen Sie endlich diese verantwortungslose Rentenpolitik, die millionenfache Altersarmut produziert!

Bei der Krankenversicherung ist es genau das Gleiche. Seit Ende der hälftigen Finanzierung steigt der Zusatzbeitrag der Arbeitnehmer. Er steigt auch deshalb, weil der Pauschalbeitrag, den der Bund an die Kassen für Hartz-IV-Bezieher überweist, die realen Kosten nicht deckt. Das heißt, je mehr Hartz-IV Empfänger - Sie wissen, dass die meisten Flüchtlinge ab dem nächsten Jahr Hartz IV bekommen werden -, desto teurer wird es für den Postzusteller und die Aldi-Kassiererin, während der privat versicherte Chef von ihnen

und natürlich auch die Konzerne, bei denen sie arbeiten, von der Finanzierung von solchen gesellschaftlichen Aufgaben komplett verschont werden. Das ist doch ein Skandal. Wenn man sich diese Politik anschaut, dann muss man fast schon den Verdacht haben, dass Sie einen geheimen Werbevertrag mit der AfD abgeschlossen haben. Es ist doch unglaublich, was Sie machen.

Es ging also bei den Krankenkassen wie bei der Zerschlagung der Rente nie um etwas anderes als um die Senkung der Lohnkosten und die Steigerung der Unternehmensgewinne. Von wegen, mit den Gewinnen steigen auch die Investitionen. Wissen Sie, wie hoch die Reinvestitionsquote deutscher Industrieunternehmen im Inland heute ist? Fünf Prozent. Das heißt, 95 Prozent der Gewinne, die sie durch Ihre Politik so erfolgreich erhöht haben, werden an die Eigentümer ausgeschüttet, in Finanzanlagen geparkt oder eben für Investitionen im Ausland genutzt. Trotzdem verzichten Sie bis heute darauf, wieder einen größeren Teil der Unternehmensgewinne zur Finanzierung des Sozialstaates heranzuziehen. Wir halten das für völlig unverantwortlich.

Aus allen wichtigen Bereichen, in denen er früher dem Leben der Menschen Stabilität und Sicherheit gegeben hat, hat sich der Staat zurückgezogen. Nicht nur die Sozialversicherungen wurden demoliert, auch kommunale Wohnungen wurden privaten Renditejägern auf dem Silbertablett serviert, genau wie Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Weil es sich nicht rechnet, fährt zu kleinen Orten kein Bus mehr, und der nächste Arzt ist meilenweit entfernt. Auch der jahrelange Personalabbau bei der Polizei hat ganze Wohnviertel zu nächtlichen No-go-Areas gemacht. In den baufälligen Schulen dieser Viertel werden von überlasteten Lehrern auch nicht die hochqualifizierten Fachkräfte der Zukunft ausgebildet, sondern junge Menschen, von denen viele im Leben nie eine Chance bekommen werden, weil das chronisch unterfinanzierte Bildungssystem dieses reichen Landes noch nicht einmal in der Lage ist, ihnen elementare Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten beizubringen. 21 Milliarden Euro weniger als der Durchschnitt der OECD-Staaten gibt Deutschland jährlich für seine Schulen und Universitäten aus. Was für ein Armutszeugnis, Frau Merkel.

[...] Natürlich ist das alles nicht alternativlos. Natürlich kann man auch die Riesenvermögen der Mul-

timillionäre besteuern, statt Städte und Gemeinden am langen Arm verhungern zu lassen. Natürlich kann man Patent- und Lizenzgebühren, die nur dazu dienen, Konzerngewinne in Steueroasen zu verschieben, einfach nicht mehr als gewinnmindernd anerkennen, und dann sind die ganzen Steuertricks der Multis erledigt. Das können Sie hier in Deutschland beschließen. Dafür brauchen Sie noch nicht einmal die EU.

Natürlich kann man den Sozialstaat wiederherstellen und ein ordentliches Arbeitsrecht schaffen, das die Beschäftigten schützt und die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften stärkt. Natürlich kann man schlicht politisches Rückgrat haben und sich den eiskalten Renditekalkülen globaler Konzerne entgegenstellen, statt ihnen die Beschäftigten schutzlos und wehrlos auszuliefern. Aber wer das alles nicht tut, der sollte dann auch aufhören, sich den Trumps und Le Pens dieser Welt moralisch überlegen zu fühlen.

Das sind Sie nicht.

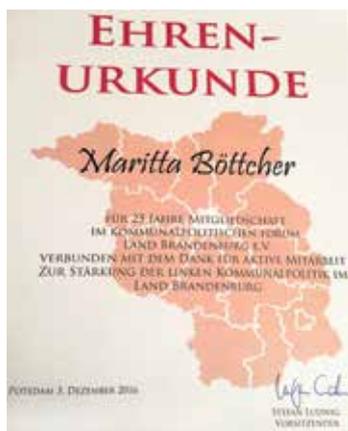
Denn es ist Ihre gemeinsame Politik, die die Rechte inzwischen auch in Deutschland stark gemacht hat. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben Herrn Trump nach seiner Wahl zur Anerkennung von Demokratie, Freiheit und Respekt vor dem Recht und der Würde des Menschen aufgefordert. Ganz abgesehen davon, dass wir uns ähnlich deutliche Worte an die Adresse Ihres türkischen Freundes Erdogan auch einmal gewünscht hätten. Bedurfte es wirklich eines Donald Trump, um zu verstehen, dass es um Demokratie, Freiheit und Menschenwürde in der westlichen Welt nicht mehr gut bestellt ist? [...]

[...] Sehr geehrte Damen und Herren, auch bei uns wird die Demokratie nur eine Zukunft haben, wenn die Menschen wieder das Gefühl bekommen, dass ihre Würde und ihre elementaren Lebensbedürfnisse von der Politik geachtet und anerkannt werden und sie wichtiger sind als die Wunschlisten irgendwelcher Wirtschaftslobbyisten. Nehmen Sie das endlich ernst, wenn Sie nicht irgendwann dafür verantwortlich sein wollen, einem deutschen Donald Trump den Weg ins Kanzleramt gebnet zu haben.

Ein Video-Mitschnitt sowie der vollständige Text der Rede befinden sich im Internet unter: www.sahra-wagenknecht.de/de/article/2456.die-menschen-wollen-kein-weiter-so-mehr.html

JUBILÄUM

25 JAHRE KOMMUNALPOLITISCHES FORUM BRANDENBURG



Fotos: Maritta Böttcher

Am 3. Dezember 2016 feierte das kommunalpolitische forum Land Brandenburg e. V. (kf) sein 25-jähriges Jubiläum im Potsdamer Hotel mercure. Anita Tack richtete ein Grußwort an die Mitglieder und Gäste des kf und erinnerte an unsere Gründung damals am 21. September 1991 in Königs Wusterhausen. Sie wurde als Gründungsvorsitzende gewählt und bekleidete das Amt fast zehn Jahre. Maritta Böttcher war

die erste Geschäftsführerin, bis sie 1994 in den Deutschen Bundestag einzog. An ihrer Seite war Kornelia Wehlan in der Geschäftsstelle des kf tätig. Sie ist heute unsere Landrätin im Kreis Teltow-Fläming. Ein herzliches Dankeschön geht an alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter für eine starke linke Kommunalpolitik in Brandenburg.

Maritta Böttcher, Jüterbog



POSITIVE ZEICHEN

KREISUMLAGE

Im Schreiben der Bürgermeister vom 15. September 2016 fordern diese die Senkung der Kreisumlage um zwei Prozentpunkte. Dies wäre rein rechnerisch nach den derzeitigen Werten ein Betrag von ca. vier Millionen Euro. Nun hat sich in den letzten Jahren, auch dank der hohen Kreisumlage, die finanzielle Situation wesentlich verbessert. Für 2017 oder 2018 rechnen wir mit einem ausgeglichenen Haushalt, so dass wir auf ein Haushaltssiche-

rungskonzept verzichten können. Der Vorteil für uns, wir können über alle Mittel frei verfügen und unterliegen nicht mehr der Landeskommunalaufsicht. Freie Spitzen wecken natürlich Begehrlichkeiten. Bereits bei der schrittweisen Erhöhung der Kreisumlage 2012 wurde mit den Bürgermeistern einvernehmlich abgesprochen ab 2018 die Kreisumlage zu senken. Bei diesen Gesprächen war ich selbst dabei. Was verbirgt sich nun hinter der Kreisumlage. Sie ist eine von den kreisangehörigen Kommunen an den Landkreis zu zahlende Umlage zur Finanzierung der vom Landkreis erbrachten öffentlichen Leistungen. Sie ist die wichtigste Einnahme-

quelle des Landkreises, weil der Landkreis selber über keine nennenswerte eigene Steuereinnahme verfügt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Übertragung von Aufgaben vom Land an die Kreise ohne die entsprechende Finanzierung weiterzureichen. Hier wird viel mit Durchschnittswerten gearbeitet, obwohl man weiß, dass die Spitzabrechnung regelmäßig teurer ist. Die mangelnde Ausfinanzierung von Kitakosten ist hier ein Beispiel. Die Kreisumlage errechnet sich nach der Umlagegrundlage. Diese basiert auf der gemeindlichen Steuerkraft und den gemeindlichen Schlüsselzuweisungen. Steuerkraft speist sich dabei aus der Gewerbe-

steuer, dem gemeindlichen Einkommensteueranteil, der Grundsteuer A und B und dem gemeindlichen Umsatzsteueranteil. Die daraus ermittelte vom Land ermittelte Umlagegrundlage wird mit dem durch den Kreistag festgelegten Umlagesatz multipliziert und ergibt so den jeweiligen Betrag für die einzelne Gemeinde.

Ob eine Senkung von zwei Prozentpunkten sofort realistisch ist, werden die Beratungen ergeben, der Weg kann jedoch nur in diese Richtung führen.

Dirk Hohlfeld, Am Mellensee, Vorsitzender Haushalts- und Finanzausschuss

VERGABEPRAxis

FÖRDERRICHTLINIE HEISS DISKUTIERT

Allgemein sagt man, wenn es um Geld geht, hört die Freundschaft auf. Nicht viel anders ist die konkrete Beschlussvorbereitung zur »Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus der Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse«. Seit 2014 ist ein praxisbewährtes Verfahren zur Vergabe von Mitteln in fünf Richtlinien geregelt. Dabei geht es u. a. um die Kulturförderung, Seniorenarbeit, Denkmalpflege und Sportförderung. Die Aufteilung der vorhandenen Mittel auf die Förderbereiche ist nach Prozentsätzen festgelegt. Kernproblem ist dabei, dass der Förderbedarf deutlich die Finanzierungsmöglichkeiten übersteigt. Ein Bewilligungsverfahren muss die gleichbleibende Überzeichnung »ge-

recht« bei der Entscheidungsfindung berücksichtigen. Bislang haben die zuständigen Ausschüsse im Rahmen der Quotierung entschieden. Dieser Verteilungsschlüssel soll neu entschieden und zu einer einheitlichen Verfahrensweise zusammengefasst werden. Die Verwaltungsleitung hat fristgemäß reagiert und die Vorlage evaluiert eingebracht. Der Neuentwurf vereint die bisherigen fünf Richtlinien, erweitert notwendiger Weise die Förderbereiche auf neun und die Bewilligung der Mittel erfolgt künftig durch einen Beirat. Die Beiratsmitglieder sollen von den Fraktionen und der Landrätin benannt werden. Für die Verwaltung hat die Landrätin drei Beiratsmitglieder namentlich

vorgeschlagen. Die aktuelle Förderperiode endet am 31. Dezember 2018 entsprechend Landeshaushaltsordnung zum Zuwendungsrecht. Mit der Richtlinie kann der Kreistag am 12. Dezember ein deutliches Signal zur Unterstützung der gemeinnützigen Arbeit im Landkreis setzen. Die Zuwendungssumme beträgt etwa 760.000 Euro.

Ob es zur Neufassung der Richtlinie in diesem Jahr kommen wird, ist offen.

Die Beratungsfolge in den Ausschüssen ist unterbrochen worden, weil die Einwendungen gegen das neue Vergabeverfahren besonders im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport heiß diskutiert wurden. Auch unsere Fraktionsmitglieder

haben unterschiedliche Auffassungen. Mehrheitlich unterstützen wir den Neuvorschlag der Verwaltung, weil die Beiratsentscheidungen die Mitwirkung der Fachausschüsse nicht einschränkt. Ebenso verbleibt die Richtlinienkompetenz beim Kreistag.

Unsere Fraktion hat den Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses Dirk Hohlfeld für die Mitgliedschaft im Beirat vorgeschlagen. Für uns gilt als sicher, dass der Kreistag in der ersten Sitzung des neuen Jahres der Richtlinie in der Neufassung zustimmen wird.

Jürgen Akuloff, Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE



ZEITFENSTER FÜR BEIGEORDNETENWAHL 2017

Auf Anfragen aus der Leserschaft zu Neuwahlen von kommunalen Wahlbeamten der Kreisverwaltung sind aktuell keine abschließenden Antworten möglich.

Bleibt die gesetzliche Grundlage bestehen, hat der Kreistag zwei Optionen. Die Amtszeiten der 1. Beigeordneten, unserer Kirsten Gurske und des Beigeordneten Detlef Gärtner (SPD), laufen zum 31. Dezember 2017 aus. Bei einem Beschluss des Kreistages auf Absehen von der öffentlichen Ausschreibung der Stelle der Ersten Beigeordneten und des weiteren Beigeordneten wäre der frühestmögliche Termin für die Wiederwahl der 30. Juni 2017.

Der Verzicht auf die Stellenausschreibung ist nur möglich bei der Wiederwahl in das bislang ausgeübte Amt.

Die 2. Variante besteht im Beschluss des Kreistages die Stelle der/s 1. Beigeordneten und des weiteren Beigeordneten im Ergebnis einer öffentlichen Ausschreibung zu besetzen. Nach Veröffentlichung der Ausschreibung im Juni 2017 könnten die Wahlgänge in der Kreistagssitzung am 11. September oder am 11. Dezember stattfinden. Die Vorzugsvariante unserer Fraktion ist die Wiederwahl der 1. Beigeordneten Kirsten Gurske ohne öffentliche Ausschreibung.



Kirsten Gurske

Ihre Amtsausübung findet große Anerkennung. Möglicherweise kann jedoch die gegenwärtige Parteienkonstellation bei den Beigeordneten und Dezernenten

andere Begehrlichkeiten aufkommen lassen. Die Amtszeit von Beigeordneten beträgt acht Jahre. In der Hauptsatzung des Landkreises ist die Anzahl der Beigeordneten festgelegt. Im Zusammenhang mit der Kreisneugliederung und der Funktionalreform hat die Landesregierung zur Tätigkeitsdauer der gewählten Beigeordneten nach den Fusionen der Kreise bislang keine Entscheidungen verkündet.

Das erwartete sogenannte Vorschaltgesetz gibt es wohl nicht.

Jürgen Akuloff, Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

MISSACHTUNG VON INITIATIVEN



MEKS kann zum Inbegriff einer Entwicklungsmöglichkeit für den ehemaligen Flugplatz Sperenberg angesehen werden bzw. sich entwickeln und bedeutet Multi-Energie-Kraftwerk-Sperenberg. Derzeit ist es eine riesige Fläche, die vom Bund in die Hände des Landes Brandenburg, nach der Entscheidung zu Gunsten des BER nach Schönefeld, übergegangen ist. Genaue gesagt, es ist eine Fläche aus vorwiegend Wald mit unter Schutz stehenden Habitaten und

einem Flugfeld sowie mit teilweise unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden. Gemäß dem Regionalplan ist ein Windpark hier nicht vorgesehen und die Schießbahn aus »Kaiserszeiten« soll erhalten bleiben. Jedoch die Anrainergemeinden und unsere Landkreisverwaltung möchten gerne eine wirtschaftliche Entwicklung dieser Fläche unter größtmöglicher Erhaltung der Auflagen des Denkmalschutzes voran treiben. Bisher gehen alle Initiativen dazu von ihnen aus.

Der Grundstückseigentümer beschäftigt sich mit der Verwaltung und Sicherung des Objektes und neuerdings mit der Erarbeitung von Rahmenbedingungen durch eine interministerielle Arbeitsgruppe. Schade, dass die Initiativen der Projektgesellschaft so missachtet werden. Hilfe und Unterstützung in der Sache sieht anders aus.

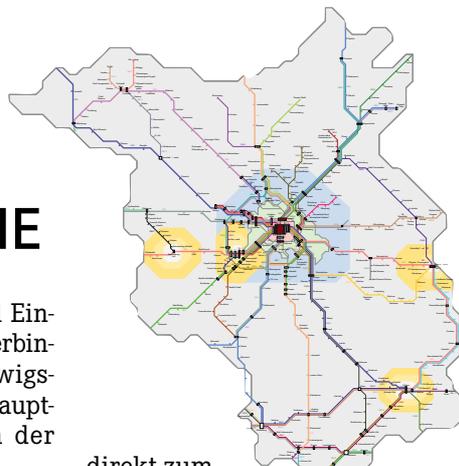
Hartmut Rex, Rangsdorf, Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR

MOBILITÄT UND FINANZIERUNGSANSPRÜCHE

Die wachsende Bedeutung der Mobilität als Grundbedürfnis bestimmt wesentlich die Lebensqualität und Ansiedlungsentscheidungen von Investoren. Der Kreistag hat in der Oktobersitzung die Verbesserung des Personennahverkehrs (ÖPNV) beschlossen. Auf Initiative der großen Fraktionen wurde die Landrätin beauftragt, aus den Einzelanträgen von SPD, DIE LINKE, CDU und BVB/freie Wähler ein Gesamtkonzept einzubringen. Die Arbeitsaufträge an die Kreisverwaltung wurden mit folgenden Inhalten beschlossen:

- Finanzierungskonzept und Einrichtung einer direkten Busverbindung zwischen Bahnhof Ludwigsfelde und dem Potsdamer Hauptbahnhof mit den Kriterien der Marke »PlusBus«
- Errichtung einer zusätzlichen Regionalbahnlinie zwischen dem BER und dem Bahnhof Ludwigsfelde mit Anschlussrelationen nach Jüterbog
- Erhöhung der Trassenkapazität der Anhalter Bahn
- Anbindung der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow an den Außenring
- Führung der RB 33 von Jüterbog



direkt zum Potsdamer Hauptbahnhof

- Erhalt der Buslinie 618 Potsdam - Wünsdorf-Waldstadt bzw. eine alternative Anbindung an die Landeshauptstadt durch das Land Brandenburg.

Kernproblem für alles ist die Finanzierung. Der ÖPNV im Kreis kostet jährlich 7,9 Millionen Euro.

Die Gesamterlöse betragen etwa 5,4 Millionen Euro, das Land reicht 4,8 Millionen Euro Regionalisierungsmittel des Bundes an den Kreis weiter. Vom Kreis werden Eigenmittel in Höhe von 2,5 Millionen Euro bereitgestellt. Knackpunkt für die Politik ist, dass die Aufgabe »Daseinsvorsorge Mobilität« als freiwillige Aufgabe eingeordnet wird, was zwangsläufig Finanzierungsansprüche der Kommunen ausschließt.

Die Grundsatzdiskussion hierzu ist erforderlich. Auch weil übergreifende Entwicklungsziele Mobilität voraussetzen.

Unsere Kreistagsfraktion steht fest zu dem Beschluss, dass im Kreis Teltow-Fläming die Schülerbeförderung für die Eltern keine zusätzlichen Kosten verursacht.

Jürgen Akuloff, Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE, im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Jürgen Akuloff · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 10.12.2016
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 1.800
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.